

# Bürgerinitiative lehnt Unterkunft weiter ab

**OBER-ERLENBACH - Bei Versammlung herrscht Einigkeit: 240 Geflüchtete sind für Steinmühlstraße zu viel**

VON ALEXANDER SCHNEIDER



Zahlreiche Ober-Erlenbacher waren der Einladung der Bürgerinitiative gefolgt, um sich über die Pläne des Hochtaunuskreises, in der Steinmühlstraße eine Flüchtlingsunterkunft zu bauen, zu informieren. FOTO: Schneider

Die 90 Geflüchteten, die im Noch-Stadtwerkegebäude Steinmühlstraße 26 als Obdachlose untergebracht werden sollen, bis sie eine Wohnung finden, könne Ober-Erlenbach ja noch wuppen, nicht jedoch weitere 150 Flüchtlinge mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus auf dem städtischen, inzwischen aber an den Hochtaunuskreis verpachteten Grundstück Steinmühlstraße 12 c, 550 Meter von der geplanten städtischen Unterkunft entfernt gelegen.

Die „Bürgerinitiative Gemeinsam für Ober-Erlenbach“ hatte für Samstag zu einer Bürgerversammlung in die Werkhalle der benachbarten Dachdeckerei Schäfer gebeten, rund 120 Bürger waren der Einladung gefolgt. Mehrfach betonte BI-Sprecher Harald Dietrich, dass die Initiative nicht generell gegen Geflüchtete sei, auch nicht in ihrem Stadtteil. Leider würden BI-Mitglieder aber zunehmend „in die rechte Ecke“ gestellt.

Das gehe bereits so weit, dass sich BI-Mitglieder schon nicht mehr trauten, sich öffentlich zu ihr zu bekennen. Dietrich sagte, man stehe zwar in engem Kontakt mit der Stadt Bad Homburg, teile aber deren Auffassung über eine Gemeinschaftsunterkunft (GU) auch mit nur noch 150 Flüchtlingen - in den ursprünglichen Überlegungen hatte eine wesentlich höhere Zahl im Raum gestanden - überhaupt nicht.

Das durch die Neubaugebiete rasant von 4500 auf 7200 Einwohner gewachsene Ober-Erlenbach habe dafür nicht die nötige Infrastruktur auf dem Betreuungs-, aber auch auf dem Wohnungssektor. Schon jetzt würden angeblich Hortplätze für Kinder von Geflüchteten reserviert. Auch am nötigen Betreuungspersonal fehle es schon jetzt, Kürzungen bei den Betreuungszeiten seien nicht mehr auszuschließen.

### **„Zu weit draußen, zu isoliert“**

Eine Diskussion gab es nicht, waren sich doch ohnehin alle erschienenen Bürger darin einig, dass eine Unterkunft für 150 Geflüchtete an dieser Stelle „keine gute Idee“ sei, wie Dietrich es ausdrückte. Die GU so weit draußen liege stark isoliert. Auch führe an ihr der Hauptfahrradschulweg zur Philipp-Reis-Schule direkt vorbei, für Dietrich ein Risiko, er sagte aber, er hätte diese Bedenken auch, „wenn dort 150 Deutsche zusammengepfercht“ würden.

Das Vorhaben des Landkreises, dort eine GU errichten zu lassen, sei nur möglich, weil die Stadt ihm das Gelände „für einen Euro verpachtet habe“. Ziel der BI sei es deshalb, die Stadt dazu zu bewegen, den Pachtvertrag zu annullieren, bevor es einen Bauantrag gebe. Dafür brauche es noch mehr Anstöße aus der Bevölkerung. Die bereits 800 Online-Voten seien schon sehr gut, aber nicht genug. „Jede Mail ans Rathaus, jeder Brief, jeder Anruf beim OB hilft“, bat Dietrich um weitere Unterstützung.

Das geplante Konzept konterkariere Pläne, wonach an der Steinmühlstraße weitere Gewerbeflächen für die Erweiterung dort ansässiger Unternehmen, aber auch für das Handwerk und Kleingewerbe entwickelt werden sollen. Das Grundstück Steinmühlstraße 12 c hätte schon viermal an Unternehmen verkauft werden können, die Nachfragen seien aber abgelehnt worden.

Stattdessen stehe im Bebauungsplan, dass von ihm abgewichen werden kann, wenn dringender Bedarf an Unterbringungsflächen andernorts in der Stadt nicht gedeckt werden könne. Diese Option, so Dietrich, ziehe die Stadt nun. Sie behaupte, es gebe keine anderen Flächen, was aber nicht stimme. So machte die Initiative eine ganze Reihe von Vorschlägen. Sofort verfügbar seien - da war der Erwerb durch den Investor Wescon noch nicht durchgedrungen - das ehemalige Bahnschulungszentrum sowie das ebenfalls leer-

stehende HP-Gebäude, in dem in der Corona-Zeit das Impfzentrum untergebracht war. Platz sei aber auch auf dem Brachgelände an der Zeppelinstraße, wo derzeit Zirkuswagen abgestellt seien, sowie auf dem ehemaligen PIV-Gelände. Von der Stadt seien diese Standorte aber abgelehnt worden. Das Schulungszentrum scheide aus, weil dort vorrangig Kureinrichtungen lägen, das PIV-Gelände, weil dort wertvolle Gewerbeflächen wegfallen würden.

Einerseits wolle Bad Homburg als Gewerbestandort punkten, gefährde dies andererseits aber selbst, indem es das Gewerbegebiet Steinmühlstraße schädige, sagte Dietrich. Schon jetzt hegten dort ansässige Firmen, die nicht erweitern können, Abwanderungsgedanken und neue Firmen würden es sich sehr genau überlegen, ob sie ihren Sitz unter solchen Rahmenbedingungen dort nehmen sollen. Das Gebiet werde unattraktiv. Gewerbe abzulehnen und Gewerbesteuer auszuschlagen sei eine „Sauerei ersten Ranges“, schimpfte ein Bürger unter Applaus. Die Stadt könne das leicht riskieren und bei ausbleibender Gewerbesteuer einfach die Grundsteuer erhöhen.

### **BI zieht positive Bilanz**

In einer ersten Reaktion zieht die Bürgerinitiative auf ihrer Homepage eine positive Bilanz. Auf <https://gemeinsam-fuer-ober-erlenbach.de/> heißt es: „Wir waren überwältigt von dem großen Andrang und dem durchweg positiven Feedback.“ Die BI hat „knapp 200 Interessierte“ gezählt und die Powerpoint-Präsentation auf der Website veröffentlicht. red